

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	17
1. Teil	
Grundlagen	21
1. Einführung	21
1.1 Das niedersächsische Gefahrenabwehrrecht: Einordnung und Überblick	21
1.2 Themenübergreifende Literatur zum in Niedersachsen gel- tenden Gefahrenabwehrrecht	23
1.2.1 Kommentare	23
1.2.2 Lehr- und Handbücher	23
1.2.3 Zeitschriftenaufsätze	24
2. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung	24
2.1 Gesetzliche Vorgaben und Bedeutung	24
2.2 Die öffentliche Sicherheit	25
2.2.1 Einführung	25
2.2.2 Die einzelnen Gemeinschaftsrechtsgüter	26
2.2.3 Die einzelnen Individualrechtsgüter	28
2.2.4 Der Schutz privater Rechte als Sonderfall	29
2.3 Die öffentliche Ordnung	31
2.3.1 Einführung	31
2.3.2 Voraussetzungen und Anwendungsfälle	32
3. Die Gefahr	34
3.1 Bedeutung und Systematik	34
3.2 Die (konkrete) Gefahr	36
3.2.1 Der Inhalt des Begriffs „konkrete Gefahr“	36
3.2.2 Sonderfälle der konkreten Gefahr	39
3.3 Qualifizierte Gefahrbegriffe	41
3.3.1 Allgemeines	41
3.3.2 Die gegenwärtige Gefahr	42
3.3.3 Die unmittelbare Gefahr	43
3.3.4 Die erhebliche Gefahr	43
3.3.5 Die Gefahr für Leib oder Leben	44
3.3.6 Die gemeine Gefahr	44
3.3.7 Die dringende Gefahr	45
3.4 Problemfälle, in denen (noch) keine konkrete Gefahr vor- liegt	45
3.4.1 Die Scheingefahr	45

3.4.2	Der Gefahrenverdacht	46
3.4.3	Die abstrakte Gefahr	46
3.4.4	Das Risiko	47
3.5	Die Gefahr im Verzug	47
3.6	Hinweise zur Prüfung	49
4.	Der Adressat: die gefahrenabwehrrechtliche Verantwortlichkeit (§§ 6–9 Nds. SOG)	50
4.1	Gesetzliche Vorgaben, Bedeutung und Grundregeln	50
4.2	Der Normadressat (§ 9 Nds. SOG)	51
4.3	Der Verhaltensverantwortliche (§ 6 Nds. SOG)	52
4.3.1	Der Regelfall	52
4.3.2	Der Zweckveranlasser als Ausnahmefall	52
4.3.3	Die zusätzliche Verantwortlichkeit für Kinder und Verrichtungsgehilfen	53
4.4	Der Zustandsverantwortliche (§ 7 Nds. SOG)	54
4.4.1	Grundlagen	54
4.4.2	Der Inhaber der tatsächlichen Gewalt als Zustandsverantwortlicher (§ 7 I S. 1 Nds. SOG)	55
4.4.3	Der Eigentümer als Zustandsverantwortlicher (§ 7 II Nds. SOG)	55
4.4.4	Der ehemalige Eigentümer nun herrenloser Sachen als Zustandsverantwortlicher (§ 7 III Nds. SOG)	56
4.5	Die Auswahl des richtigen Adressaten	57
4.6	Die Inanspruchnahme von Nichtverantwortlichen (§ 8 Nds. SOG)	57
4.6.1	Allgemeines	57
4.6.2	Voraussetzungen nach § 8 Nds. SOG	58
4.6.3	Der „unechte polizeiliche Notstand“	60
5.	Das Ermessen (§ 5 Nds. SOG)	62
5.1	Gesetzliche Vorgaben und Bedeutung	62
5.2	Stufen des Ermessens	63
5.3	Der Umfang des Ermessens	64
5.3.1	Allgemeines zum Umfang des Ermessens	64
5.3.2	Ermessensreduzierung, Schutzpflicht und Anspruch des Bürgers auf polizeiliches Einschrei- ten	65
5.3.3	Der Gleichheitssatz und die Selbstbindung der Verwaltung	66
5.4	Ermessensfehler	67
5.4.1	Allgemeines	67
5.4.2	Ermessensnichtgebrauch	68
5.4.3	Ermessensüberschreitung	68
5.4.4	Ermessensfehlgebrauch	69

5.5	Bestimmung des Mittels und Austauschmittel (§ 5 II Nds. SOG)	69
5.6	Hinweise zur Prüfung	70
6.	Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (§ 4 Nds. SOG)	71
6.1	Gesetzliche Vorgaben und Bedeutung	71
6.2	Struktur und Teilelemente der Verhältnismäßigkeit	72
6.2.1	Die Struktur	72
6.2.2	Das Ziel der Maßnahme als Anknüpfungspunkt in der Verhältnismäßigkeitsprüfung	73
6.2.3	Die Geeignetheit	73
6.2.4	Die Erforderlichkeit	74
6.2.5	Die Angemessenheit	75
6.3	Hinweise zur Prüfung	77
7.	Die Handlungsformen	78
7.1	Der Verwaltungsakt	78
7.1.1	Gesetzliche Vorgaben und Bedeutung	78
7.1.2	Die einzelnen Tatbestandsvoraussetzungen von § 35 S. 1 VwVfG	79
7.1.3	Beim Erlass von Verwaltungsakten zu beachtende Bestimmungen	82
7.1.4	Folgen fehlerhafter Verwaltungsakte	83
7.2	Die Verordnung	85
7.3	Der Realakt	86
7.3.1	Bedeutung, Begriff und Fallgruppen von Realakten	86
7.3.2	Die rechtlichen Voraussetzungen für Realakte	87

2. Teil

Eingriffsbefugnisse und Maßnahmen 89

1.	Einführung und Überblick	89
1.1	Systematik innerhalb des Nds. SOG	89
1.2	Systematik von Generalklauseln und Standardmaßnahmen	90
1.3	Bedeutung der Verfassungsgrundsätze vom Vorbehalt und Vorrang des Gesetzes	92
1.3.1	Vorbehalt des Gesetzes	92
1.3.2	Vorrang des Gesetzes	92
1.4	Verhältnis des Nds. SOG zu Eingriffsbefugnissen anderer Gesetze	93
1.4.1	Strafverfolgung	93
1.4.2	Ordnungswidrigkeiten	94
1.4.3	Besonderes Polizeirecht	95
1.4.4	Systematik des Anwendungsvorrangs dieser „an- deren Gesetze“	95
1.5	Weitere Bedeutung für Klausuren	96

1.5.1	Schemata sind Hilfe und kein Selbstzweck	97
1.5.3	Ermittlung der relevanten Ermächtigungsgrundlage	98
1.5.4	Lernhinweis für Studierende (und Praktiker)	100
2.	Maßnahmen mit dem Ziel der Informationsgewinnung	100
2.1	Einführung	100
2.1.1	Systematik	101
2.1.2	Grundsätze der Datenerhebung nach § 30 Nds. SOG	102
2.2	Offene Maßnahmen mit dem Ziel der Informationsgewinnung	104
2.2.1	Befragung nach § 12 I–V Nds. SOG	104
2.2.2	Lagebildabhängige Kontrollen („Schleierfahndung“) § 12 VI Nds. SOG	106
2.2.3	Identitätsfeststellung § 13 Nds. SOG	108
2.2.4	Prüfung von Berechtigungsscheinen/Verkehrskontrolle § 13 III Nds. SOG	111
2.2.5	Razzia	113
2.2.6	Kontrollstellen § 14 Nds. SOG	114
2.2.7	Erkennungsdienstliche Maßnahmen § 15 Nds. SOG	116
2.2.8	Molekulargenetische Untersuchung zur Identitätsfeststellung § 15 a Nds. SOG	118
2.2.9	Vorladung § 16 Nds. SOG	119
2.3.	Maßnahmen der verdeckten und (teilweise offenen) Informationsgewinnung § 30 III ff. Nds. SOG	121
2.3.1	Überblick	121
2.3.2	Datenerhebungen als Aufgaben im Vorfeld der Gefahrenabwehr § 31 II, III Nds. SOG	125
2.3.3	Videüberwachungen § 32 I–IV Nds. SOG	127
2.3.4	Einsatz von Kennzeichenlesegeräten § 32 V Nds. SOG	130
2.3.5	Fangschaltung und Erhebung von Telekommunikationsverbindungsdaten § 33 Nds. SOG	132
2.3.6	Telekommunikationsüberwachungen § 33 a Nds. SOG	134
2.3.7	Aufenthaltsermittlung einer gefährdeten Person § 33 a VI	137
2.3.8	IMSI-Catcher und Unterbrechung der Telekommunikation § 33 b Nds. SOG	138
2.3.9	Längerfristige Observation § 34 Nds. SOG	139
2.3.10	Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen § 35 Nds. SOG	142
2.3.11	Verdeckter Einsatz technischer Mittel in Wohnungen § 35 a Nds. SOG	144
2.3.12.	Einsatz von Vertrauenspersonen § 36 Nds. SOG	147

2.3.13	Einsatz Verdeckter Ermittler § 36 a Nds. SOG . . .	148
2.3.14	Kontrollmeldung (polizeiliche Beobachtung) § 37 Nds. SOG	149
2.4.	Verwendung erlangter Informationen und Daten § 38 ff. Nds. SOG	150
2.4.1	Überblick	150
2.4.2.	Speicherung, Änderung und Nutzung von Daten, § 38 ff. Nds. SOG	151
2.4.3	„Versteckte“ Ermächtigungsgrundlagen im Norm- gefüge § 38 ff. Nds. SOG	152
3.	Maßnahmen mit unmittelbarem Personal- und/oder Sachbezug .	155
3.1	Platzverweisung/Wohnungsverweisung/Aufenthaltsverbot § 17 Nds. SOG	155
3.1.1	Allgemeines	155
3.1.2	Weitere formelle und materielle Rechtmäßigkeits- voraussetzungen	157
3.2	Gewahrsam §§ 18 – 21 Nds. SOG	164
3.2.1	Allgemeines	164
3.2.2	Weitere formelle Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	166
3.2.3	Weitere materielle Rechtmäßigkeitsvoraussetzun- gen	168
3.2.4	Ingewahrsamnahme zur Sicherung angeordneten Vollzugs (§ 18 II)	170
3.2.5	Inobhutnahme zum Schutz des Sorgerechts (§ 18 III)	170
3.3	Durchsuchung und Untersuchung von Personen § 22 Nds. SOG	172
3.3.1	Allgemeines	172
3.3.2	Weitere formelle und materielle Rechtmäßigkeits- voraussetzungen § 22 I – III	173
3.3.3	Eigenschutzuntersuchung § 22 IV	175
3.4	Durchsuchung von Sachen § 23 Nds. SOG	176
3.4.1	Allgemeines	176
3.4.2	Weitere formelle und materielle Rechtmäßigkeits- voraussetzungen	177
3.5	Betreten und Durchsuchung von Wohnungen §§ 24, 25 Nds. SOG	178
3.5.1	Allgemeines	178
3.5.2	Weitere formelle und materielle Rechtmäßigkeits- voraussetzungen	180
3.5.3	Gebäudedurchsuchung	182
3.5.4	Betreten öffentlicher Räume	182
3.6	Sicherstellung von Sachen § 26 Nds. SOG	183

3.6.1	Allgemeines	183
3.6.2	Weitere formelle und materielle Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	184
3.7	Verwahrung/Verwertung/Vernichtung §§ 27 – 29 Nds. SOG	187
4.	Allgemeine Datenerhebungs- und allgemeine Generalklausel §§ 31 I, 11 Nds. SOG	189
4.1	Allgemeines	189
4.2	Weitere formelle und materielle Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	190
4.3	Einzelbetrachtung ausgewählter Maßnahmen	191
4.3.1	„Virtuelle Streifen“ und „gezieltes Aufsuchen“ bestimmter Inhalte im Internet	191
4.3.2	Gefährderansprachen	191
4.3.3	Meldeauflagen/Ausreiseverbot	192
4.3.4	Untersagung von Bild- und Stimmnahmen im Rahmen polizeilicher Einsatzmaßnahmen	193
4.3.5	„Künstlicher Stau“	193
3. Teil		
Besonderes Polizeirecht		195
1.	Einführung	195
2.	Versammlungsrecht	197
2.1	Überblick über die verfassungsrechtlichen Grundlagen	197
2.1.1	Die Meinungsfreiheit als für Versammlungen relevantes Grundrecht	197
2.1.2	Die Versammlungsfreiheit	200
2.1.3	Zusammenspiel und Konkurrenzverhältnis von Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit im Versammlungsrecht	204
2.1.4	Rechtsprechungs- und Vertiefungshinweise	204
2.2	Das Niedersächsische Versammlungsgesetz	205
2.2.1	Einführung	205
2.2.2	Vertiefungshinweise	206
2.3	Einzelne Maßnahmen nach dem Niedersächsischen Versammlungsgesetz	206
2.3.1	Überblick: Wichtige Maßnahmen im Zusammenhang mit Versammlungen unter freiem Himmel	206
2.3.2	Maßnahmen nach § 8 NVersG: Beschränkung, Verbot und Auflösung von Versammlungen unter freiem Himmel	209
2.3.3	Polizeiliche Maßnahmen gegen einzelne Teilnehmer von Versammlungen unter freiem Himmel: § 10 II und III NVersG	215

2.3.4	Anwesenheit und Beobachtungsmaßnahmen der Polizei bei Versammlungen unter freiem Himmel: §§ 11, 12 NVersG	220
2.3.5	Befugnisse bei Versammlungen in geschlossenen Räumen	222
2.3.6	Rechtsprechungs- und Vertiefungshinweise	223
2.4	Bedeutung und Anwendung weiterer Gesetze im Zusammenhang mit Versammlungen	224
2.4.1	Das NVersG und sein spezialgesetzlicher Vorrang .	224
2.4.2	Weitere als Grundlage für Beschränkungen der Versammlungsfreiheit in Betracht kommende Gesetze	224
2.4.3	Rechtsprechungs- und Vertiefungshinweise	226
3.	Weitere gefahrenabwehrrechtlich relevante Spezialregelungen in Niedersachsen	227
3.1	Hunde/gefährliche Tiere	227
3.2	Nichtraucherschutz	228
3.3	Ladenschluss	228
3.4	Unterbringung psychisch Kranker	228
3.5	Bauordnungsrecht	228
3.6	Brand- und Katastrophenschutz	229
3.7	Wasserrecht	230
3.8	Überblick über bundesgesetzlich geregelte Teilbereiche des besonderen Polizeirechts	231
3.9	Vertiefungshinweise	232
4. Teil		
Gefahrenabwehr und Internet		235
1.	Einführung	235
2.	Allgemeines	235
3.	Bezeichnungen für polizeiliche Tätigkeiten und für Ermittlungsbeamte etc.	236
3.1	Passive Ermittlungstätigkeit oder virtuelle Streife	236
3.2	Aktive offene Ermittlungstätigkeit	237
3.3	Aktive verdeckte Ermittlungstätigkeit	237
3.4	Legendierte Kommunikation („legendiertes Chatten“) . . .	237
3.5	Verdeckter Ermittler und Legende	237
3.6	NoeP oder NoeB	237
3.7	Bezeichnungen für Adressaten	238
4.	Einzelbetrachtung gefahrenabwehrrechtlicher Maßnahmen im Internet	238
4.1	Virtuelle Streifen/Streifenfahrten	238
4.2	Virtuelle Streifen unter einer Legende	239

4.3	Legendierte Kommunikation	239
4.4	Legendierte Kommunikation in geschlossener Gruppe . . .	240
4.5	Öffentlichkeitsfahndung	241
5. Teil		
	Transnationales Gefahrenabwehr- und Polizeirecht	243
1.	Überblick	243
1.1	Einführung	243
1.2	Grundrechte und EU-Vertrag	244
2.	Grenzüberschreitende Gefahrenabwehr (und Strafverfolgung) . .	245
2.1	Allgemeines	245
2.2	Öffentliche Sicherheit und Ordnung als Begriffe im euro- päischen Kontext	246
2.2.1	Öffentliche Sicherheit	247
2.2.2	Öffentliche Ordnung als Begriff des Unionsrechts	247
2.3	Bi- und multilaterale Verträge mit gefahrenabwehrrecht- lichem Gehalt	247
2.3.1	Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ)	247
2.3.2	Vertrag von Prüm	248
2.3.3	Deutsch-Niederländischer Polizeivertrag	249
2.4	Einzelbetrachtung ausgewählter gefahrenabwehrrechtlicher Regelungen	251
2.4.1	Polizeiliche Zusammenarbeit	251
2.4.2	Grenzübertritte „zur Zeitgewinnung“	252
2.4.3	Mitführen von Ausstattung, deren Einsatz sowie Schusswaffengebrauch	252
2.4.4	Grenzüberschreitende Observation	253
2.4.5	Nacheile und Sicherheitsdurchsuchung	253
2.4.6	Festhalterrechte	254
2.4.7	Vorläufige grenzüberschreitende Maßnahmen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben und vorläufige Maßnahmen zur Gefahren- abwehr	255
2.4.8	Exkurs: Gesetz über die Internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG)	256
6. Teil		
	Zwang (§§ 64 – 79 Nds. SOG)	257
1.	Einführung	257
2.	Allgemeine Voraussetzungen für den Einsatz von Zwangsmitteln (§ 64 Nds. SOG)	258
2.1	Gestrecktes Verfahren und Sofortvollzug	258
2.2	Das gestreckte Verfahren als Regelfall (§ 64 I Nds. SOG) . .	259
2.2.1	Der Grund-Verwaltungsakt	259

2.2.2	Die Androhung des Zwangsmittels (§ 70 Nds. SOG)	261
2.2.3	Die Festsetzung des Zwangsmittels	262
2.3	Der Sofortvollzug (§ 64 II)	262
2.4	Die Zuständigkeit (§ 64 III Nds. SOG)	264
3.	Die Zwangsmittel	264
3.1	Ersatzvornahme (§ 66 Nds. SOG)	265
3.2	Zwangsgeld und Ersatzzwangshaft (§§ 67–68 Nds. SOG)	265
3.2.1	Das Zwangsgeld (§ 67 Nds. SOG)	265
3.2.2	Die Ersatzzwangshaft (§ 68 Nds. SOG)	266
3.3	Unmittelbarer Zwang (§ 69 Nds. SOG)	266
3.3.1	Allgemeines und Voraussetzungen	266
3.3.2	Die Ausübung unmittelbaren Zwangs (§§ 71–79 Nds. SOG)	268
4.	Hinweise zur Prüfung	277
7. Teil		
Zuständigkeiten		281
1.	Sachliche Zuständigkeit (§ 1 Nds. SOG)	281
2.	Funktionelle Zuständigkeit	285
3.	Die Behörden (§ 97 Nds. SOG)	285
4.	Örtliche Zuständigkeit (§§ 100–104 Nds. SOG)	287
4.1	Amtshandlungen durch Polizeibeamte und -beamtinnen anderer Bundesländer und des Bundes	288
4.2	Amtshandlungen durch Bedienstete ausländischer Polizeibehörden und Polizeidienststellen	288
4.3	Amtshandlungen durch Polizeibeamte und -beamtinnen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Bundeslandes und des Bundes	289
5.	Amtshilfe	289
5.1	Grundsätze der Amtshilfe	289
5.2	Ersuchen um Amtshilfe	290
5.3	Verweigern von Amtshilfe	290
5.4	Beispiele typischer Amtshilfe	291
6.	Vollzugshilfe	291
6.1	Polizei leistet Vollzugshilfe (§ 1 IV Nds. SOG)	291
6.2	Verfahren bei Vollzugshilfeersuchen (§ 52 Nds. SOG)	292
6.3	Vollzugshilfe bei Freiheitsentziehung (§ 53 Nds. SOG)	292
8. Teil		
Kosten, Rechtsschutz- und Entschädigungsmöglichkeiten		293
1.	Überblick	293
2.	Kostenfolgen nach einer Maßnahme oder einem polizeilichen Einsatz für den betroffenen Bürger	294

3.	Folgen und Ansprüche des betroffenen Bürgers nach rechtswidrigen Maßnahmen	294
3.1	Schadensersatzansprüche	294
3.2	Entschädigungsansprüche nach dem Nds. SOG	295
3.2.1	Die Ansprüche und ihre Voraussetzungen	295
3.2.2	Verjährung und Rechtsweg	297
3.3	Weitere Rechtsschutzziele und Rechtswege	297
3.4	Ansprüche betroffener Bürger im Zusammenhang mit einer Datenverarbeitung	299
3.5	Folgen für den Beamten nach rechtswidrigem Handeln	299

9. Teil

Tipps zur Klausurtechnik und Fallbearbeitung 303

1.	Einführung	303
2.	Was ist zu untersuchen?	304
3.	Der Aufbau der Prüfung	305
4.	Welche Normen müssen geprüft werden?	307
5.	Definitionen und Auslegung	309
6.	Subsumtion und Gutachtenstil	310
7.	Typische Fehler	314
8.	Vertiefungshinweise	316

Stichwortverzeichnis 317